

# Digital gut aufgestellt

### **[30.04.2021] Auf dem Speyerer Forum zur digitalen Lebenswelt zog Heike Raab, Staatssekretärin und Bevollmächtigte für Digitalisierung, eine positive Bilanz: Die Verwaltung in Rheinland-Pfalz sei digital gut aufgestellt.**

Anlässlich des 10. Speyerer Forums (21. Bis 22. April 2021) zur digitalen Lebenswelt hat die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften eine Online-Konferenz organisiert. In diesem Rahmen hat die Staatssekretärin und rheinland-pfälzische Bevollmächtigte für Digitales, Heike Raab, über die Widerstandsfähigkeit digitaler Strukturen in der Corona-Krise gesprochen. Raab ist zuversichtlich gestimmt: „Die Verwaltung in Rheinland-Pfalz war gut vorbereitet und hat sich daher in der Pandemie als resilient erwiesen“, sagt sie. Verantwortlich hierfür seien laut Raab die Einführung der elektronischen Akte in den obersten Landesbehörden und weitere Projekte. Bereits vor Beginn der Pandemie sei dadurch die Grundlage für die digitale öffentliche Verwaltung geschaffen worden. In der Krise wurde diese laut Raab dann weiter ausgebaut: „Innerhalb kürzester Zeit haben wir erheblich in die IT- und Kommunikationsstrukturen unserer öffentlichen Verwaltung investiert und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vermehrt mobiles Arbeiten ermöglicht. Allein die Zahl der Homeoffice-Zugänge konnte in kürzester Zeit von 5.000 auf 15.000 verdreifacht und wird perspektivisch auf bis zu 30.000 Zugänge erweitert werden.“

Wie die Bevollmächtigte betont, hat während der Krise die Strategie für das digitale Leben die Handlungsfähigkeit in Rheinland-Pfalz aufrecht erhalten. Dies zeige der im Juni 2020 veröffentlichte Resilienzbericht: Die Verwaltung, die öffentliche Daseinsvorsorge, die Infrastruktur, die Bildung und die medizinische Versorgung habe mithilfe digitaler Anwendungen sichergestellt werden können ([wir berichteten](#)). Der Bericht gebe außerdem einen Hinweis darauf, wie das Land den Digitalisierungsschub des vergangenen Jahres nutzen könne, um seine digitalen Strukturen weiter zu verbessern. Raab erläutert: „Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sind wir verpflichtet, bis 2023 Verwaltungsleistungen auch elektronisch anzubieten. Rheinland-Pfalz arbeitet schon an der Digitalisierung der Hälfte der rund 3.500 Leistungen aus dem Aufgabenkatalog des OZG und setzt dabei stark auf Einer-für-Alle-Online-Lösungen, bei der die Bündelung von Leistungen in einzelnen Projekten gemeinsam umgesetzt wird. So werden wir die Handlungsfähigkeit nach innen, aber auch die Bereitstellung von Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger wie für Unternehmen zukunftsstark aufstellen.“

(th)